Im Kampf gegen den "Bundesstaat Preußen" geraten Exekutive und Justiz immer mehr ins Visier der Staatsverweigerer. Polizisten wurden – nun auch von offizieller Seite – gewarnt!

rmittlungen einstellen sonst wird die Todesstrafe verhängt" - so die schriftliche Drohung des fiktiven "Bundesstaates Preu-Ben" an die federführende Staatsanwältin in Klagenfurt. Das Einsatzkommando Cobra hatte die mit einer Glock bewaffnete, mutmaßliche Verfasserin des Schreibens aus dem Raum Villach vergangenen Donnerstag (wie berichtet) in Handschellen gelegt. Samstag wurde über die 52-Jährige U-Haft verhängt. Wie die "Krone" nun erfährt, ist die Juristin jedoch nicht die einzige, die nach dem landesweiten Polizeischlag gegen die staatsfeindliche Bewegung Ende Juli einen "netten" Brief erhalten hat.

Staatsverweigerer nach Razzien noch radikaler

Seit den Razzien habe sich die Szene, die im engen Kontakt mit den Reichsbürgern in Deutschland stehen soll, noch stärker radikalisiert – und den Hass auf Behörden weiter geschürt. Was von den heimischen Sicherheitsbehörden mehr als nur ernst genommen wird.

Und das zu Recht – wie erschütternde Fälle in Deutschland belegen: 2016 wurde ein Beamter eines Spezialeinsatzkommandos



Durch die hohe Zahl an Verdächtigen ist die ausgehende Gefahr ernst zu nehmen. Das tun wir.

So der heimische Staatsschutzchef Omar Haijawi-Pirchner nach den Razzien Ende Juli

bei einer Razzia von einem Reichsbürger erschossen, zwei Kollegen wurden verletzt. Erst vor sechs Monaten fing sich ein SEK-Polizist eine Kugel ein.

Anders als der "Bundesstaat Preußen" selbst, ist die von der Bewegung ausgehende Gefahr also alles andere als fiktiv. Wie auch die von der Szene eingesetzten "Rechtsorgane", die Todesurteile fällen, und die Vollstreckungen nach ihrem eigenen System auch in Auftrag geben können.

Beamte sollen auf die Eigensicherung achten

Das sei auch der Grund, weshalb Polizisten in Kärn-

Note the property of the pro

ten nun von offizieller Stelle per Mail sensibilisiert und vor den Gefahren beim Einschreiten gewarnt werden. So werden die Exekutivbeamten eindringlich ersucht, bei Amtshandlungen innerhalb der Staatsverweigerer-Szene besonders auf die Eigensicherung zu achten.

Klaus Loibnegger